

Energiepolitik neu denken – **Industrie entlasten!**

Welche Rahmenbedingungen für den Ausstieg aus fossiler Energie nötig sind, wie der Druck auf die Unternehmen jetzt gelindert werden kann und warum Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit kein Widerspruch sind.



Österreichische Post AG,
 MZ 03Z034897 M
 Vereinigung der österreichischen Industrie,
 Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

**unsere
 INDUSTRIE
 hilft** 

INITIATIVE
 Wie die Industrie
 Nachbarschaftshilfe leistet

Seite 4



FORSCHUNG
 „Fonds Zukunft Österreich“
 nimmt Fahrt auf

Seite 5



KÄRNTEN
 Klimabilanzen brauchen
 „Kümmerer“

Seite 10

Die Welt von morgen

Welche geopolitischen Implikationen der Krieg in der Ukraine auslöst, weshalb die Interessenlagen in der EU-Nachbarschaft immer komplexer werden und welche Schlüsse die EU daraus ziehen sollte.

Die russische Invasion in der Ukraine macht einmal mehr deutlich, wie fragil die unmittelbare Nachbarschaft Europas ist: In Nordafrika bezeichnen Experten Libyen als gescheiterten Staat, Tunesien und Ägypten gelten als politisch instabil. Im Nahen Osten tobt seit mehr als einem Jahrzehnt in Syrien ein Krieg, den sämtliche Regionalmächte befeuern. Unter anderem stehen sich mit der Türkei und Russland zwei Staaten, die an die EU angrenzen, mit unterschiedlichen Zielen gegenüber. Und nun der Krieg in der Ukraine, der Europa ökonomisch am härtesten trifft und den gesamten Schwarzmeerraum destabilisiert.

Ebenso wenig vorteilhaft für die EU gestaltet sich die globale Situation: So hat der Ukraine-Konflikt in den vergangenen Monaten Russland enger an China und Indien gebunden. Allein schon wegen der Größe der Länder wäre hier eine echte Gegenbewegung zum so genannten „Westen“ möglich, die allerdings auf tönernen Füßen steht. Denn das Verhältnis der drei Riesen war in den vergangenen Jahrzehnten durchaus konfliktbeladen oder anders gesagt: Die Freundschaft zwischen China und Russland kann begrenzt sein. Während Peking für seinen (ökonomischen) Pragmatismus bekannt ist, geht Moskau ein Risiko ein, wenn es sich von Europa gänzlich abkoppelt und auf China fokussiert, das Russland wirtschaftlich als auch militärisch überlegen ist.

Der Krieg in der Ukraine fördert zudem neue Interessensphären zutage, die eines gemeinsam haben: Sie entziehen sich zunehmend dem Einfluss Europas. Im Nahen Osten betrachten sich die Türkei, Iran und Saudi-Arabien als Konkurrenten um die regionale Vorherrschaft. Während die arabischen Staaten danach trachten, zwischen den USA und Russland mit China im Hintergrund eine neutrale Rolle einzunehmen, ist Teheran im Syrienkrieg mit Russland verbündet.

Wirtschaftsbeziehungen über direkte Nachbarschaft hinaus stärken

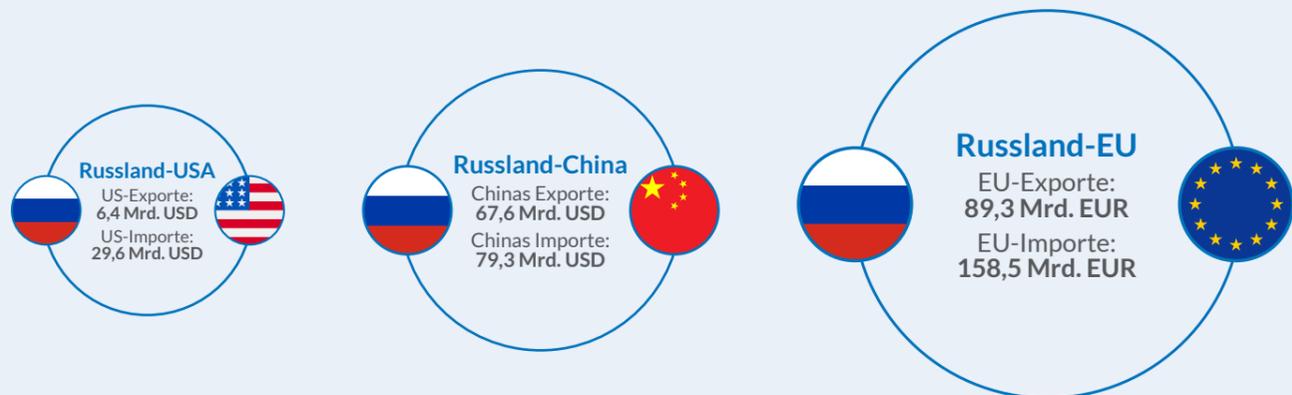
Für die USA wiederum bleibt der ökonomische

und strategische Fokus auf den Pazifikraum gerichtet. Das heißt, nicht Russland, sondern China ist der wirtschaftliche und politische Hauptkonkurrent, wenn es um die weltweite technologische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Vorherrschaft geht.

Was bedeuten diese massiven Verschiebungen der tektonischen Platten der Geopolitik für die EU? Die Welt dreht sich nicht um Europa. Vielmehr ist eine wirtschafts- und sicherheitspolitische Neuorientierung nötig. Neben der Diskussion über eine gemeinsame Verteidigungspolitik in der Union sollte jetzt das Zeitfenster genutzt werden, um die

Wirtschaftsbeziehungen über die direkte Nachbarschaft hinaus zu stärken. Die USA und EU sind die am engsten verbundenen Wirtschaftsräume der Welt. Ein Transatlantikabkommen, aber auch die Umsetzung des bereits verhandelten EU-Mercosur-Vertrags könnten einen ökonomischen Impuls auslösen, der dringend benötigt wird. Denn die EU wird einen Großteil der wirtschaftspolitischen Folgen des Krieges in der Ukraine tragen müssen. Ihre wirtschaftliche Verflechtung mit Moskau und Kiew ist deutlich höher als jene anderer Länder, die ebenfalls Russland sanktionieren, etwa die USA, Kanada oder Japan.

Wirtschaftliche Verflechtung Russlands mit EU, China und USA (2021)



Quellen: Europäische Kommission, Customs Administration of China, US Census Bureau

Die wirtschaftliche Verflechtung der EU mit Russland ist deutlich höher als jene anderer großer Wirtschaftsmächte.

GASTKOMMENTAR

Wenn sich alles nur nach Umfragen richtet

Der schreckliche Krieg in der Ukraine führt es drastisch vor Augen: Politik, die nicht vorausschauend handelt, ist potenziell lebensgefährlich. Das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik.

Abends werden die Faulen fleißig. Das zeigt sich soeben in der Sicherheitspolitik: Jahrzehntelang hat Deutschland seine Bundeswehr verkommen lassen, doch kaum war der Ukraine-Krieg ausgebrochen, kündigte die Regierung ein 100 Milliarden Euro-Sonderbudget zur Wiederaufrüstung an. Sogar die Rückkehr zur Wehrpflicht wird in Deutschland nun diskutiert. Es muss eben immer erst etwas passieren, bevor etwas geschieht.

In Österreich reicht nicht einmal das aus. Nach dem Beginn des Krieges in der Ukraine dauerte es geschlagene vier Wochen, bis die Regierungsparteien darauf kamen, dass man vielleicht einmal über das Verteidigungsbudget reden sollte. Was aber nicht bedeutete, dass die Gespräche dann auch wirklich begannen. Denn Österreich hat ja seine Neutralität. Sie gilt als Sparform und Wundermittel zugleich – als kostenlose Sicherheitspolizei: Wir brauchen kein Geld in die Verteidigung zu stecken, denn unsere Neutralität macht uns gegen Angriffe immun und verteidigt sich sozusagen von selbst. Und wenn nicht, wird uns schon irgendwer anderer verteidigen.

Das ist zwar objektiv Unsinn, aber laut Umfragen absolut mehrheitsfähig. Also richtet sich die Politik danach. Lieber mit

der Mehrheit irren, als gegen die Mehrheit Recht behalten, lautet die Devise, die vorausschauendes Handeln praktisch unmöglich macht. Das zeigt sich nicht nur in der Sicherheitspolitik (wo es besonders verantwortungslos und lebensgefährlich ist), sondern in allen Politikbereichen. Nehmen wir nur Corona: Man kann über die Impfpflicht geteilter Meinung sein, aber wenn man sie für notwendig erachtet, hätte man sie vor Delta und Omikron einführen müssen. So aber wurde sie erst dann eingeführt, als sich in Umfragen erstmals eine Mehrheit dafür abzeichnete – also um ein Jahr zu spät und

„Lieber mit der Mehrheit irren, als gegen die Mehrheit Recht behalten, lautet die Devise, die vorausschauendes Handeln praktisch unmöglich macht.“

damit sinnlos. Weshalb sie dann ja auch wieder ausgesetzt wurde.

Ähnlich verspätet kommt die plötzliche Aufrüstungshetke des Westens (wie gesagt: mit Ausnahme Österreichs). Denn Armeen und damit Verteidigungsfähigkeit entstehen nicht auf Knopfdruck, sondern sind das Ergebnis jahrelanger Aufbauarbeit. Um für die jetzige Gefahr gewappnet zu sein, hätte man vor einem Jahrzehnt ein ambitioniertes Investitionsprogramm in die Streitkräfte starten müssen. Aber welche Regierung hätte das damals, im scheinbar tiefsten Frieden, politisch überlebt?

Die Demokratie kann erst handeln, wenn der Schaden bereits eingetreten ist, bemerkte einst zutreffend Fürst Metternich. Und auch dem legendären deutschen Kanzler Konrad Adenauer war der Fluch, immer auf die Mehrheit warten zu müssen, bewusst, als er sagte: Politiker müssten dem Volk voran gehen, aber nur so weit, dass sie vom Volk noch gesehen werden können. Wehe dem, der diese Regel missachtet! Die letzte österreichische Regierung, die eine relativ mutige Reform zur Sicherung des Pensionssystems durchführte, wurde dafür bei der nächsten Wahl gnadenlos abgestraft und abgewählt. Seither (die Politik ist ja lernfähig) ist das Wort

Pensionsreform aus dem politischen Sprachgebrauch gestrichen. Übrigens genauso wie das Wort Budgetsanierung. Es wurde durch die Floskel „Koste es, was es wolle“ ersetzt. Das lässt sich bei Wahlen besser verkaufen.

Ohne Rücksicht auf eigene Verluste das Richtige für das Land zu tun – das scheint von der immer kurzlebiger werdenden Politik zu viel verlangt zu sein. Bäume pflanzen, damit künftige Generationen etwas zum Ernten haben, ist eine Haltung, die Politikern fremd zu sein scheint. Politisch gesehen gleicht Österreich einer baumlosen Steppe.



Alexander Purger ist Journalist bei den „Salzburger Nachrichten“.

Foto: SH

Realistisches Krisenmanagement gefragt

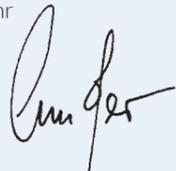
Die Entwicklung der Energiepreise fordert von der Politik das richtige Augenmaß und rasches Handeln.

Der Angriffskrieg in der Ukraine ist eine furchtbare humanitäre Katastrophe in Europa. Die Industrie trägt daher die bisher beschlossenen Sanktionen gegen die Russische Föderation mit. Gleichzeitig ist klar: Wir müssen die Auswirkungen auf die heimischen Unternehmen und ihre Beschäftigten im Blick behalten. Die horrenden Energiepreise haben existenzbedrohende Ausmaße für Betriebe und ihre Beschäftigten angenommen. Nach den Teuerungen aufgrund der COVID-19-Krise hat die Invasion Russlands die Lage noch zusätzlich verschärft. Der Gaspreis beispielsweise hat sich im Vergleich zur Zeit vor der Pandemie versiebenfacht.

Vor diesem Hintergrund braucht es ein nachvollziehbares Krisenmanagement und umgehend wirksame Entlastungsmaßnahmen, für die wir als Industriellenvereinigung eine konkrete Agenda entwickelt haben (siehe Titelbeitrag Seite 6 – 7). Wichtig ist aber auch vor allem eines: Die Politik muss Augenmaß bewahren. Das Vorhaben der EU-Kommission, die Gasimporte aus Russland bis Ende des Jahres um zwei Drittel zu reduzieren, ist gut gemeint, aber schlichtweg unrealistisch. Die 80 Prozent Gas aus Russland lassen sich in Österreich so schnell nicht ersetzen. Dafür fehlt die Infrastruktur, wie etwa für Flüssiggas. Dass die EU-Kommission aktuell intensiv an Alternativen zum russischen Gas arbeitet, ist positiv. Aber: Bis wir wirklich vom russischen Gas unabhängig werden können, dauert es mehrere Jahre. Die Lage ist sehr ernst – die

Energieversorgung Österreichs steht seit Wochen auf dem Spiel. Sollte es zu einem Gas-Lieferungsstopp kommen, könnten Haushalte zur Not mit dem eigenen und mit norwegischem Gas gerettet werden. Aber für die Konsumenten als Arbeitnehmer wären die Folgen eines Embargos fatal. Dieses würde die energieintensive Industrie sofort treffen, etwa Stahlindustrie, Papierindustrie, Zementindustrie, aber auch die Lebensmittelindustrie. Zehntausende Beschäftigte und ihre Familien wären direkt betroffen, ganz zu schweigen von der Zulieferindustrie und ihren Mitarbeitern. Die Witterung macht die Situation nicht wirklich einfacher: Der Gasverbrauch sinkt zwar in der wärmeren Jahreszeit, aber ohne Gas geht in der Industrie kaum etwas.

In diesem Sinn ist klar: Der russische Krieg gegen die Ukraine erfordert ein klares und konsequentes Auftreten und punktgenau wirksame Sanktionen. Die Selbstzerstörung des Standortes gehört nicht dazu. Realismus und Augenmaß sind in jeder Hinsicht für den Weg aus der Krise geboten.

Ihr

 Christoph Neumayer,
 IV-Generalsekretär

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 3. April war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der russischen Invasion in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at



„Wir tun uns in Europa nichts Gutes, wenn wir Belastungen aufeinanderstapeln und damit die Industrie im internationalen Wettbewerb weiter schwächen. Am Ende werden Regionen gewinnen, die das nicht haben.“

Andreas Gerstenmayer,
 Vorstandsvorsitzender AT&S



„Mit einer Behaltefrist von einem Jahr und damit verbundener Steuerfreiheit kann sicher ein Anreiz gegeben werden, um Anleger in den Markt zu holen.“

Angelika Sommer-Hemetsberger,
 Vorständin OeKB



„Bei der Arbeitsmarktlage ist es sicher sinnvoll, den Arbeitsanreiz zu stärken.“

Johannes Kopf,
 Vorstand AMS



„Die Energiewende muss man diszipliniert managen. Wenn Energie zu teuer oder nicht verfügbar ist, kippt das sehr schnell.“

Alfred Stern,
 CEO OMV

WIRTSCHAFTS-
 UNTERNEHMEN

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



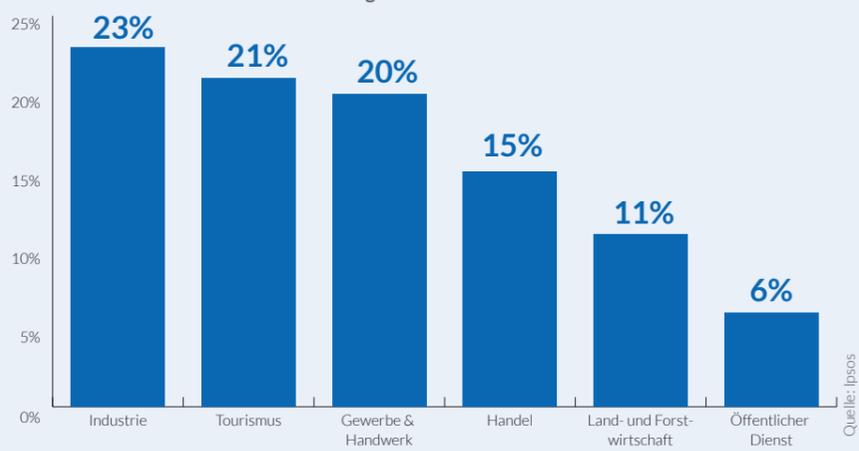
GRAFIK DES MONATS

Während der Corona-Krise waren die Industrie und die industrienahen Dienstleistungen Wachstumslokomotiven für Wohlstand, Arbeitsplätze und hohe Lebensqualität. Rund zwei Drittel des Wirtschaftswachstums im vergangenen Jahr war auf diese Sektoren zurückzuführen. Die Bevölkerung schätzt daher die Industrie völlig zurecht als Wachstumsmotor Nummer Eins in Österreich

ein, davon ist jeder Vierte in Österreich überzeugt, wie eine aktuelle Umfrage des Marktforschungsunternehmens Ipsos zeigt. Damit wird aber auch ersichtlich, dass die Bevölkerung weiterhin ausführlich über die Leistungen der Industrie informiert werden muss. Denn die Leistung der Industrie für Wohlstand und Arbeitsplätze ist tatsächlich noch deutlich größer.

Bedeutung für Wachstum und Wohlstand

Frage: Bitte geben Sie an, welcher der folgenden Wirtschaftsbereiche für Wachstum und Wohlstand am wichtig ist?



ZAHL DES MONATS

50.000.000

Mit 50 Millionen Euro stärkt die Bundesregierung den Life Science-Standort Österreich. So wird das Ende März vorgestellte „Austrian Life Science“-Programm F&E-Unternehmensprojekte (Digitalisierung im Gesundheitswesen, Medizinprodukte, Arzneimittel), klinische Studien sowie Leitprojekte innovativer Produktionstechnologien fördern. Für die IV wird damit ein wesentlicher Baustein der Technologieoffensive umgesetzt, die von der Industrie vorgeschlagen wurde und auch in der FTI-Strategie 2030 zentral verankert ist. Richtig und wichtig ist zudem die breite Themensetzung der Ausschreibungsschwerpunkte ebenso wie die prominente Berücksichtigung der Medizintechnik. Österreich verfügt in den Life Sciences über eine hervorragende Ausgangsbasis. Knapp 1.000 Unternehmen stehen für mehr als 60.000 Arbeitsplätze und erwirtschaften 25 Milliarden Euro an Umsatz. Die Life Sciences zählen zu den forschungsstärksten Sektoren überhaupt.

Informationen zur ersten Ausschreibung: www.ffg.at/AustrianLifeSciences Programme

Arbeitslosenversicherung Neu: Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit fördern

Bis Sommer soll eine Reform der Arbeitslosenversicherung vorliegen. Wie der Fachkräftemangel gelindert werden muss und welche Anreize notwendig sind, um arbeitslose Menschen wieder rascher ins Erwerbsleben zurückzubringen, zeigt die Industrie.

Mehr als 200.000 offene Stellenangebote gab es im März auf der AMS-Plattform „alle jobs“. Bei der Lehrlingsausbildung klafft eine Lücke zwischen Angebot und Nachfrage: Allein in Oberösterreich, Tirol oder der Steiermark überstieg die Zahl der offenen Stellen jene der Bewerber um das Dreifache. Auch die Arbeitsmobilität in Österreich ist vergleichsweise gering: Während im Februar etwa 40 Prozent der Arbeitslosen in Wien wohnten, befanden sich 85 Prozent der gemeldeten offenen Stellen in den anderen acht Bundesländern. Ein Beispiel verdeutlicht die Diskrepanz: In der Bundeshauptstadt waren zuletzt mehr als

400 Elektromechaniker und rund 200 Maschinenbautechnikerinnen arbeitslos gemeldet. Im Gegensatz dazu gab es in Oberösterreich in diesen Berufen dreimal mehr offene Stellen als Arbeitssuchende.

Beschäftigungsanreize stärken

All diese Zahlen machen den grassierenden Fachkräftemangel nicht nur spür-, sondern auch sichtbar. Um diese Wachstumsbremse zu lockern, soll die von Arbeitsminister Martin Kocher angekündigte Reform der Arbeitslosenversicherung Neu als Hebel wirken. Die IV bringt ihre Erwartung auf den Punkt: Beschäftigungsanreize stärken und vorhandene Potenziale bestmöglich nutzen. Eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik muss

die Vermittlungseffizienz erhöhen sowie Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit fördern.

Welche Vorschläge hat die IV für die Reform? Die Industrie hat sich für die Einführung eines degressiven Arbeitslosengeldes ausgesprochen. Österreich ist das einzige Land in Europa, das Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zeitlich unbegrenzt auszahlt und mangels eines degressiven Verlaufs der Bezugshöhe auch vergleichsweise wenig Anreizwirkung setzt. Außerdem plädiert die IV dafür, den Leistungsbezug während geringfügiger Beschäftigung zu reformieren. Arbeitsmarktexperten argumentieren, dass eine geringfügige Beschäftigung während der Arbeitslosigkeit die Rückkehr in reguläre Beschäftigung vielfach hemmt und in weiterer Folge niedrigere Erwerbseinkünfte nach sich zieht.

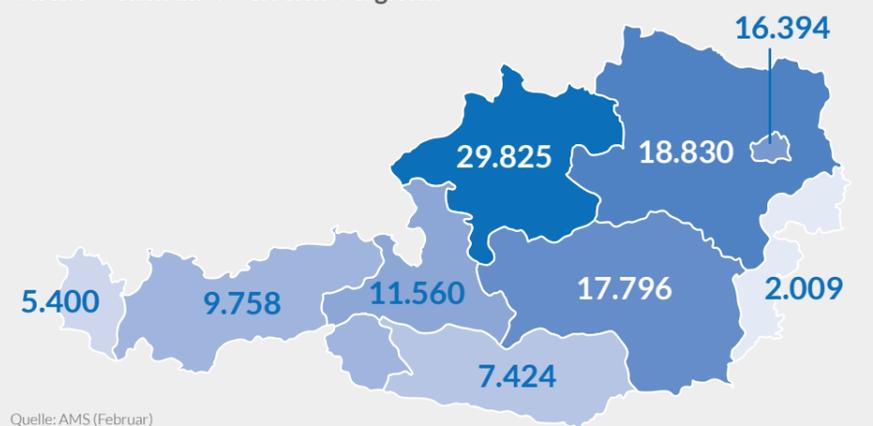
Langzeitarbeitslosigkeit wieder auf Vorkrisenniveau

Ebenfalls auf dem Forderungskatalog der Industrie: Eine Entlastung bei den im internationalen Vergleich hohen Lohnnebenkosten würde Wachstum und Beschäftigung vorantreiben. Weitere Säule der Reform sollte die Stärkung beschäftigungsfördernder Maßnahmen sein, etwa die Eingliederungsbefreiung oder der Kombilohn. Als erfolgreiches Beispiel verweist die IV auf das Programm Sprungbrett: Seit dem Rekordwert im April 2021 konnte die Langzeitarbeitslosigkeit von 148.400 Menschen um 42.800 reduziert und damit wieder in Richtung

Vorkrisenniveau gesenkt werden. Darüber hinaus braucht es Anreize, um die Mobilität arbeitsuchender Menschen zu fördern, eine passgenaue, auch überregionale Vermittlung zu verstärken und betriebsnahe Qualifizierung zu forcieren. Damit einhergehend muss auch das Angebot an qualitätsvoller Kinderbetreuung entsprechend ausgebaut werden.

Es liegen zahlreiche Vorschläge auf dem Tisch. Bis Sommer sollen diese in eine Reform eingebettet und ein Gesamtvorschlag präsentiert werden. Für die Industrie ist klar: Einen wirtschaftlich nachhaltigen Aufschwung kann es nur mit ausreichenden Arbeits- und Fachkräften geben. Um im Bereich der Arbeitslosigkeit wieder zum europäischen Spitzenfeld aufzuschließen, wo Österreich schon war, wird es einer umfassenden Arbeitsmarktreform bedürfen.

Offene Stellen im Österreich-Vergleich



Quelle: AMS (Februar)

Die Arbeitsmobilität in Österreich ist vergleichsweise gering: Während im Februar etwa 40 Prozent der Arbeitslosen in Wien wohnten, befanden sich 85 Prozent der gemeldeten offenen Stellen in den anderen acht Bundesländern.

IV-EMPFEHLUNGEN AUF EINEN BLICK

- Degressives Arbeitslosengeld einführen
- Lohnnebenkosten senken
- Beschäftigungsfördernde Maßnahmen stärken
- Betriebsnahe Qualifizierung fokussieren
- Qualitätsvolle Kinderbetreuung ausbauen
- Anreize für mehr Mobilität setzen

Wie die heimische Industrie Nachbarschaftshilfe leistet

Im März wurden über 6,5 Mio. Euro Spenden und mehrere tausend Quadratmeter Fläche zur Verfügung gestellt.



Die Betroffenheit über die schrecklichen Ereignisse in der Ukraine war und ist in der Industrie groß. Zumal zahlreiche Unternehmen mit ihren Mitarbeitern persönlich und geschäftlich mit den Menschen in Europas zweitgrößtem Land eng verbunden sind. Unmittelbar nach Kriegsausbruch hat die IV daher die Taskforce „Unsere Industrie hilft“ eingerichtet. Damit möchte die IV die umfangreichen Hilfeleistungen aus der Industrie einfach und punktgenau unterstützen. So stehen den Mitgliedsunternehmen IV-Experten beratend zur Seite, indem sie etwa Betriebe und Behörden miteinander vernetzen.

Mehr als beeindruckend ist, wie viel Hilfe und Solidarität in kürzester Zeit aus den Unternehmen gekommen sind: In den ersten vier Wochen wurden mehr als 6,5 Millionen Euro gespendet. Neben Sachspenden waren und sind vor allem Unterkünfte für Vertriebene

stark nachgefragt. Auch hier haben unzählige Betriebe Verantwortung übernommen: Von Büroräumlichkeiten über Hallen bis hin zu einem Schloss stellten Unternehmen bereits im März mehrere tausend Quadratmeter Fläche für geflüchtete Frauen, Männer und Kinder zur Verfügung. Darüber hinaus hat die IV den Behörden kurzfristig 50 Laptops überreicht, die für die Registrierung der Flüchtenden benötigt werden.

Für die Sach- und Geldspenden relevant: Unternehmen können diese Ausgaben von der Steuer absetzen. Laut Einkommensteuergesetz ist es möglich, solche Leistungen als Betriebsausgaben abzusetzen. Voraussetzung ist, dass die Leistungen im Zusammenhang mit akuten Katastrophenfällen getätigt werden und für das Unternehmen werbewirksam sind. Eine betragliche Obergrenze gibt es laut Wirtschaftsprüfungskanzlei BDO nicht. Steuerlich gelten die Ausgaben als „abzugsfähiger Werbeaufwand“.

KONTAKT

Relevante Informationen finden Sie auf www.iv.at. IV-Mitglieder können sich an die IV-Experten unter Industrie.hilft@iv.at bzw. der Hotline **0664 841 29 23** wenden.



IV-PRÄSIDENT GEORG KNILL IN ORF-„PRESSESTUNDE“

Rückenwind von der Politik für die Bewältigung der aktuellen Energiekrise und der Energiewende forderte IV-Präsident Georg Knill in der ORF-„Pressestunde“ im März. „Wir brauchen umgehend eine Strompreiskompensation. Dieses Instrument wird bereits in 13 anderen EU-Ländern angewendet und würde unsere energieintensiven Betriebe zielgerichtet unterstützen“, so Knill, der sich zudem für einen Belastungsstopp für die Industrie aussprach. „Wir haben eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen. Bevor wir nun Gesetze wie Klimaschutz- oder Energieeffizienzgesetz vorantreiben, müssen diese Auswirkungen vollständig geklärt sein.“ Um die klimapolitische Transformation zu bewältigen, müsse die Politik ins Tun kommen: „Wir brauchen den Startschuss für dieses ausgesprochen ehrgeizige Projekt.“ Notwendig dafür sind etwa deutlich raschere Genehmigungsverfahren. Massive Herausforderung bleibt der Fachkräftemangel insgesamt und mit Blick auf die Corona-Pandemie plädierte der IV-Präsident für klare und einheitliche Regeln in Österreich.

Forschungsfinanzierung: „Fonds Zukunft Österreich“ nimmt Fahrt auf

Welche Schwerpunkte mit dem neuen zusätzlichen Finanzierungsinstrument für Spitzenforschung im Grundlagen- und anwendungsorientierten Bereich gesetzt werden und wie der FTI-Standort damit gestärkt wird.



Mit dem neuen „Fonds Zukunft Österreich“ entsteht aktuell ein zentrales Finanzierungsinstrument zur strategischen Schwerpunktsetzung für wichtige Zukunftsfelder und -technologien in Grundlagen- und angewandter Forschung. Ersetzt werden damit die Gelder der Nationalstiftung für Forschung, die Ende 2020 ausgelaufen ist. Das Bundesbudget stellt dafür bis 2025 jährlich 140 Millionen Euro zur Verfügung, womit die bisherigen Mittel

kompensiert werden. Gemeinsam mit den relevanten FTI-Akteuren hatte sich die IV maßgeblich dafür eingesetzt.

Richtige Prioritäten gesetzt

Ende März haben die zuständigen Ministerien (Wirtschaft, Bildung und Klimaschutz) die strategische Weichenstellung fixiert, wie die Gelder eingesetzt werden sollen. Unter anderem sind für Förderungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz sowie für Forschung und Entwicklung im Halbleiterbereich jeweils

zehn bis zwölf Millionen Euro vorgesehen. Zehn bis 20 Millionen Euro sollen in „exzellente Forschungsgruppen“ fließen, wodurch Forschungsnetzwerke nach internationalen Standards geschaffen werden sollen. Weiters sind zehn bis zwölf Millionen Euro für anwendungsorientierte Grundlagenforschung, 20 bis 25 Millionen Euro für disruptive oder radikale Innovation und 15 bis 25 Millionen Euro für Nachwuchsförderung vorgesehen. Insgesamt sind mehr als die Hälfte der Mittel für die angewandte Forschung reserviert.

Bis Mai können die Begünstigten des Fonds, Wissenschaftsfonds (FWF), Forschungsförderungsgesellschaft (FFG), Akademie der Wissenschaften (ÖAW), Ludwig Boltzmann Gesellschaft (LBG), Christian Doppler Gesellschaft (CDG) und Austria Wirtschaftsservice (aws) Vorschläge einbringen, mit welchen konkreten Maßnahmen sie die vorgegebenen Schwerpunkte umsetzen werden. Der finale Mittelbeschluss ist für Ende Juni geplant.

Die IV sieht den „Fonds Zukunft Österreich“ und die gesetzten Schwerpunkte als entscheidenden Schritt für die zusätzliche

Finanzierung von Spitzenforschung im Grundlagen- und anwendungsorientierten Bereich. Damit die Gelder rasch fließen können, müssen die konkreten Ausschreibungen bis zum Sommer dieses Jahres auf den Weg gebracht werden. Unternehmen stehen für zwei Drittel der Forschungsausgaben, daher müssen auch wichtige Formate zur Förderung der angewandten und unternehmensbezogenen Forschung im „Fonds Zukunft Österreich“ in angemessenem Ausmaß umgesetzt werden.

ZAHLEN IM BLICK

- Mit dem „Fonds Zukunft Österreich“ fließen jährlich 140 Mio. Euro in die Spitzenforschung.
- Fast 30 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung verdanken wir dem Bereich Forschung und Entwicklung.
- Unternehmen stehen für zwei Drittel aller in Österreich getätigten Forschungsausgaben.

Quantencomputer werden im nächsten Jahrzehnt in klassische Computer integriert

Die Quantentechnologie als Schlüsseltechnologie für die Zukunft war zentrales Thema einer IV-Onlineveranstaltung. Wo die industriellen Anwendungen sein werden und welche Chancen sich für die Industrie bieten, darüber sprachen die iv-positionen mit dem renommierten Experimentalphysiker Rainer Blatt.

Herr Prof. Blatt, Sie sind einer der ausgewiesenen Forscher für Quantentechnologien in Österreich. In welchem Bereich arbeiten Sie gerade?

Meine Arbeitsgruppe und ich arbeiten an einem universellen Quantencomputer mit gespeicherten Ionen, wir bauen Atomuhren und wir machen Quantensimulationen für physikalische Probleme in der Grundlagenforschung. Mitarbeiter forschen in eigenen Gruppen an Quantenschnittstellen zur Übertragung von Quanteninformation von Atomen und Ionen auf Photonen und über Telekom-Fasern über große Distanzen.

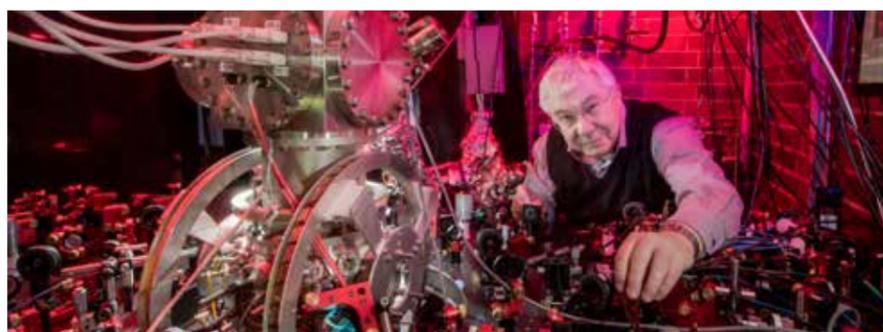
Was sind zukünftige Anwendungen für Quantentechnologien in der Industrie?

Für Quantenkommunikation sind bereits

Systeme auf dem Markt, Sensoren und Messtechnik werden gerade für die Industrie umgesetzt. Quantencomputer werden im nächsten Jahrzehnt zunächst in klassische Computer integriert werden, um spezielle, aber wichtige Probleme rechenbar zu machen. Langfristig bedarf es bei den Quantencomputern neben der technologischen Realisierung vor allem noch der Grundlagenforschung zur Korrektur von auftretenden Fehlern.

Österreich hat Technologieanbieter und potenzielle Anwender im produzierenden Sektor. Welche Chancen sehen Sie für die Industrie bei uns und in der EU?

Österreich hat hervorragendes Know-how auf dem Gebiet der Quantentechnologien und ist für die Zukunft gut vorbereitet. Die Ausbildung auf diesem Gebiet ist exzellent, wird national und international nachgefragt und die Absolventen haben die Kenntnisse, Quantentechnologien sehr rasch in der Industrie einzuführen. Dies stärkt auch die



EU, da Österreich in der Erforschung von Quantentechnologien einen europäischen Spitzenplatz einnimmt.

Europa kann eine führende Rolle in der Quantentechnologie einnehmen und technologisch unabhängig sein. Was kann die Industrie heute konkret dafür tun?

Für die breitere Nutzung der neuen Quantentechnologien ist es notwendig, die wissenschaftlichen Erkenntnisse mit

industrieller Technologie zusammenzuführen. Die Industrie hat Produktideen, ausgereifte Verfahren, Qualitätsstandards und Vertriebskanäle. Die Grundlagenforschung war und ist eine europäische Stärke, mit entsprechendem Engagement kann die Industrie in Europa dieses Potenzial heben und eine Vorreiterrolle einnehmen.

Ihr Spin-off hat enorme weltweite Konkurrenz. Andere Länder investieren Milliarden. Was braucht es, um aus Österreich heraus erfolgreich zu sein?

Wir haben in Österreich eine ausgezeichnete Ausgangslage: hervorragend ausgebildetes Personal, ein gutes Arbeitsumfeld und eine Umgebung, in der andere Urlaub machen. Größere Investitionen sind notwendig, um das technologische Umfeld zu schaffen. Das braucht Infrastruktur und einen langen Atem. Er erfordert auch weit-sichtige Investoren, unbürokratische Hilfen für Start-ups, weniger Verwaltungsaufwand. Kurz: den Mut, innovativ und risikoreich die Zukunft zu gestalten.

ZUR PERSON

Rainer Blatt ist Professor für Experimentalphysik an der Uni Innsbruck und wissenschaftlicher Direktor am Institut für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Der Quantenphysiker zählt zu den Gründern des österreichischen Quantencomputerunternehmens Alpine Quantum Technologies GmbH (AQT), ein Spin-off der Uni Innsbruck und der Akademie der Wissenschaften. AQT entwickelt Hardware für Quantencomputer, die auf Ionenfallentechnologie aufbaut und gehört zu den Technologie-Pionieren des Weltwirtschaftsforums.

www.aqt.eu

RÜCKBLICK

Quantensprung in die Praxis stärkt Technologiesouveränität

Österreichs Wissenschaft punktet weltweit in der Quantentechnologie. Gelingt die erfolgreiche Kommerzialisierung trotz Mitbewerbern in USA und Asien? Robert Axmann (DLR), Markus Aspelmeyer (Universität Wien/ÖAW), Helmut Leopold (AIT), Stefan Rohringer (Infineon), Florian Neukart (Terra Quantum), Magdalena Hauser und Wolfgang Lechner (ParityQC) diskutierten im März bei einer IV-Online-Veranstaltung über die Chancen der Industrie. Um diese nutzen zu können, sind ein gezielter Aufbau eines Ökosystems aus Forschung, Industrie und Start-ups, frühzeitige Aneignung von Wissen durch F&E-Projekte in der Industrie sowie ein klarer Appell, in europäischen Netzwerken zu agieren, entscheidend.

Energiekosten richtig senken!

Die hohen Energiekosten sind für den Standort eine existenzielle Gefahr. Für die Industrie und ihre rund eine Million Mitarbeiter braucht es rasche Entlastung sowie mittel- und langfristige Perspektiven.

Die aktuelle Situation lässt sich nicht beschönigen: „Viele Betriebe stehen mit dem Rücken zur Wand. Der russische Überfall auf die Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, wie sehr wir von russischem Gas abhängig sind – und wie international eng vernetzt die europäische Industrie und Wirtschaft arbeiten. Beeinträchtigte oder abgerissene Lieferketten, sinkende Nachfrage und Investitionen sowie eine massive Unsicherheit, wie es weiter geht – das ist Gift für Industrie und Standort“, bringt IV-Präsident Georg Knill den Status quo auf den Punkt. Um das Ausmaß zu verdeutlichen: Die Kosten für Gas liegen derzeit beim siebenfachen des Vorkrisenniveaus 2019, der Strompreis beim fünffachen. Und auch im EU-Vergleich steht Österreich

„Wir unterstützen die notwendige grüne Transformation, brauchen dafür aber auch wirksame Unterstützung durch die Politik.“

Georg Knill
IV-Präsident

schlechter da: So sind die Kosten für Strom um etwa 15 Prozent teurer als in Deutschland. Am Ball ist jetzt die Politik: „Wenn die Politik nicht gegensteuert, werden wir unsere Industrie und damit unseren Wohlstand in der heutigen Form so nicht aufrechterhalten können“, so Knill, der auch auf einen entsprechenden „Offenen Brief“ verweist, den die Industriellenvereinigung Ende März an Energieministerin Leonore Gewessler gerichtet hat (siehe Kasten).

Österreichs Produktionssektor und seine rund eine Million Mitarbeiter brauchen rasche Entlastung und eine langfristige Perspektive. Ein möglicher Ausfall russischer Gaslieferungen, wie er Ende März und Anfang April drohend im Raum stand, hätte verheerende Auswirkungen auf die österreichische Volkswirtschaft: „Ohne Stahl keine

Autoproduktion, ohne Papier keine Verpackung für Lebensmittel oder Medikamente. Kurzfristig gibt es keine Alternative zu russischem Gas, mittelfristig müssen wir diversifizieren, langfristig erneuerbare Energien ausbauen“, stellt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer klar. Die Industriellenvereinigung fordert vor diesem Hintergrund die Umsetzung kurz-, mittel- und langfristiger Maßnahmen, kurz einen gemeinsamen „Masterplan“.

Kurzfristig: Betriebe treffsicher entlasten

„Zuerst braucht es kurzfristig rasche und vor allem treffsichere Unterstützungsmaßnahmen wie die Strompreiskompensation“, so IV-Präsident Georg Knill. Diese Beihilfe für stromintensive Unternehmen zur Kompensation indirekter CO₂-Kosten ist treffsicher und in 14 europäischen Staaten im Einsatz. Für die IV ist ein Modell nach deutschem Vorbild wünschenswert. Dies würde eine Entlastung eines niedrigen dreistelligen Millionenbetrags für jene stromintensiven Unternehmen bringen, die es am dringendsten brauchen. Außerdem fordert die Industriellenvereinigung ein Moratorium oder Aussetzen für Maßnahmen auf nationaler oder europäischer Ebene, die Unternehmen in dieser herausfordernden Zeit zusätzlich belasten würden. „Eine falsch umgesetzte Dekarbonisierung darf nicht zu einer Deindustrialisierung führen. Wir haben eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen mit weitreichenden Folgen für die Energieversorgungssicherheit in Österreich und Europa. Bevor wir nun Gesetze wie Klimaschutz- oder Energieeffizienzgesetz vorantreiben, müssen diese Auswirkungen vollständig geklärt sein“, so Knill.

Kurzfristig wirksam ist auch die (bisherige) Positionierung Österreichs auf EU-Ebene gegen jede Art eines Gasembargos gegen Russland. IV-Generalsekretär Neumayer: „Die Lage ist ernst – die Energieversorgung Österreichs steht auf dem Spiel. Tritt der Extremfall einer Drosselung oder Aussetzung der russischen Gaslieferungen ein, haben wir eine Energiekrise in derzeit noch nicht vorstellbarem Ausmaß.“ Die Industrie kritisierte daher Ende März das Krisenmanagement im Klimaschutzministerium als „angesichts der Lage völlig unzureichend“. Der Vorschlag lautete: Ein Energie-Staatssekretär sollte sich direkt im Bundeskanzleramt ausschließlich den aktuellen Herausforderungen widmen. Auf den Punkt gebracht: „Energiepolitik muss jetzt Chefsache werden. Das Ziel ist Autonomie, Autarkie ist unmöglich.“

Mittelfristig: Diversifizieren und entideologisieren

Aus Sicht der Industrie ist es wichtig, die bisherige Energieidebatte zu entideologisieren. „Die Energiepolitik muss weg von einer ideologisch geführten Diskussion hin zu einer zukunftsorientierten, offenen und

technologieneutralen Debatte“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. In der mittelfristigen Perspektive muss es vorrangig um eine Diversifizierung der derzeitigen europäischen Energieversorgung gehen, wobei die Golf-Staaten wichtige strategische Partner sind. „Darüber hinaus müssen wir ebenso den Ausbau komplementärer emissionsfreier Energiequellen vorantreiben, wodurch sich der Bedarf an Gasenergie reduzieren, aber nicht vollends substituieren lässt.“ Was die Erdgasbevorratung betrifft, unterstützt die IV den Aufbau einer strategischen Reserve, auf die sowohl Haushalte als auch Industrie im Krisenfall zugreifen können. „Die Bevorratung ist durch die aktuell in die Höhe getriebenen Preise mit einem sehr hohen finanziellen Risiko verbunden, das nur vom Staat übernommen werden kann“, argumentiert Knill. Mittelfristiges Ziel hinsichtlich der Gasversorgung muss es sein, frei aus einem differenzierten Lieferantenkreis wählen zu können, um damit nicht auf Gedeih und Verderb von einem Lieferanten abhängig zu sein. Besonders wichtig ist auch der Ausbau von LNG-Kapazitäten.

Klar müsse allen in der Politik jedenfalls eines sein, so Knill: „Österreich wird aufgrund seiner geografischen Lage sowie den starken saisonalen Einflüssen auf die erneuerbare Energiegewinnung nicht in der Lage sein, seinen Energiebedarf durch erneuerbare Energiequellen im Inland vollständig

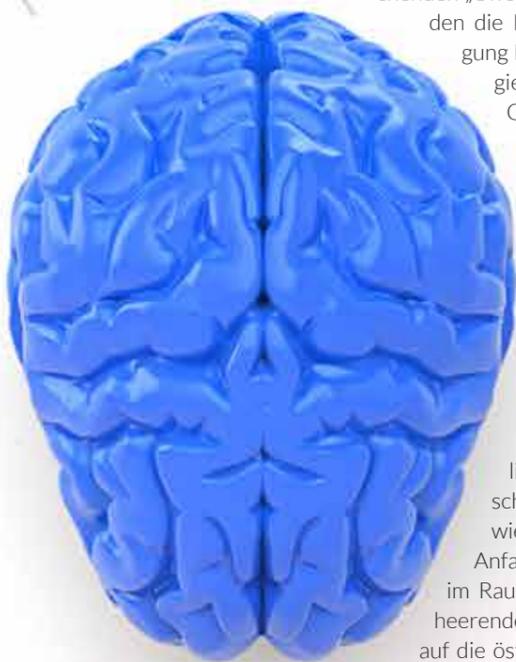
„Die Energiepolitik muss weg von einer ideologisch geführten Diskussion hin zu einer zukunftsorientierten, offenen und technologie-neutralen Debatte.“

Christoph Neumayer
IV-Generalsekretär

zu decken. Daher werden wir immer auf komplementäre Energiequellen und Energietransporte und auf klimaneutralen Wasserstoff angewiesen sein.“

Langfristig: Berechenbare Transformation wirksam unterstützen

Ein wichtiger, langfristig wirksamer Hebel für eine sichere Energieversorgung ist die drastische Beschleunigung der Genehmigungserfahren, um damit den Anteil erneuerbarer Energie aus heimischer Produktion zu erhöhen. „Die Grünen haben durch unnötige Verzögerungen des EAG den Ausbau der



erneuerbaren Energien gedämpft. Zahlreiche Unternehmen waren bereits in den Startlöchern, um den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben. Leider sind zahlreiche Projekte so auf die lange Bank geschoben worden“, kritisiert der IV-Präsident. Mehr Zukunftsorientierung erwartet er auch mit Blick auf die Wasserstoffwirtschaft: „Was heute Erdgas ist, wird in Zukunft Wasserstoff sein. Klimaneutraler Wasserstoff kann zum zentralen Energieträger insbesondere für

industrielle Prozesse werden. Dies erfordert die grundsätzliche politische Offenheit für alle Arten von klimaneutralem Wasserstoff sowie das Zulassen von Wasserstoffimporten in großem Umfang“, so Knill. Besonders wichtig für den erfolgreichen Ausstieg aus fossilen Energieträgern: Die heimische Industrie muss durch einen langfristig aufgesetzten Transformationsfonds bei der Gestaltung der Energiewende unterstützt werden. Die Größenordnung soll sich an den Versteigerungserlösen

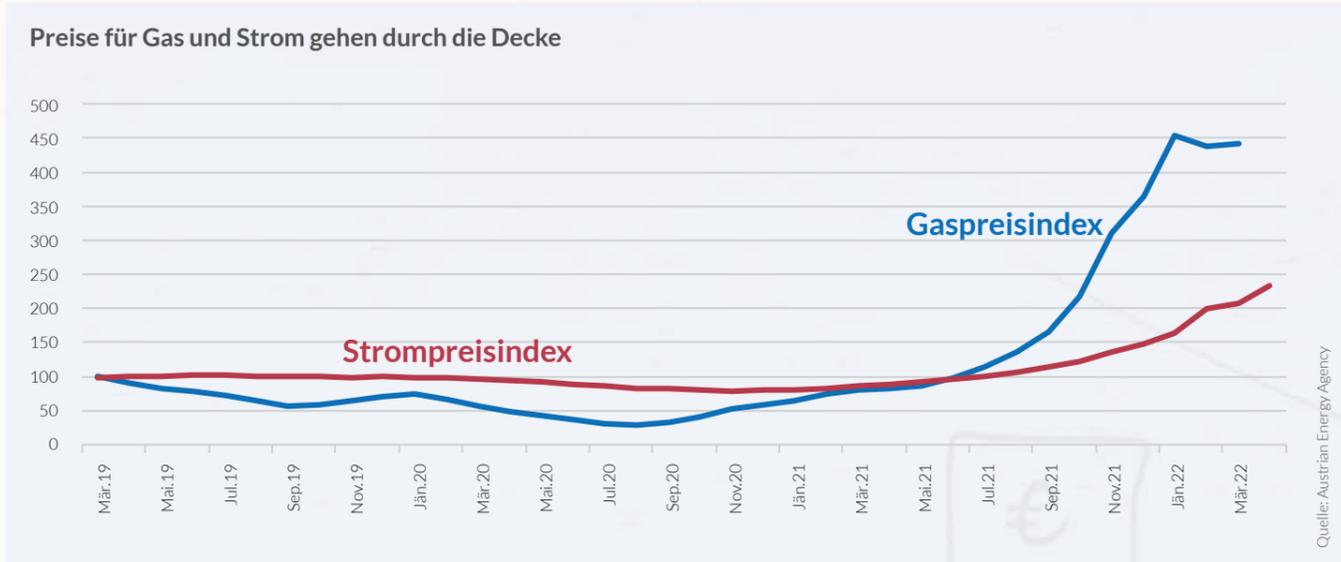
orientieren, die mittlerweile über 300 Millionen pro Jahr ausmachen.

Für IV-Präsident Georg Knill ist klar: „Wir haben aufgrund der fundamentalen geopolitischen Entwicklungen eine völlig neue Situation bei der Energieversorgung. Wir unterstützen die notwendige Transformation, brauchen dafür aber auch wirkungsvolle Begleitung und Unterstützung durch die Politik.“

IV-FAKTENCHECK

43

Bis 2030 will Österreich seinen Strombedarf rein rechnerisch zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen decken. Um dieses Ziel des Erneuerbaren Ausbau Gesetzes (EAG) zu erreichen, erfordert das 43 Milliarden Euro an Investitionen. Rund 25 Milliarden Euro davon sind für Projekte zum Ausbau der Erzeugung von sauberem Strom notwendig. Die Modernisierung und Digitalisierung der Netze benötigen Investitionen von etwa 18 Milliarden Euro. Wenn man die Klima- und Energieziele ernst nimmt, dann bedeutet das auch ein gewaltiges Investitionsprogramm. Umso wichtiger ist, dass die Politik endlich den Startschuss setzt, etwa durch raschere und effizientere Genehmigungsverfahren oder den Beschluss bisher ausstehender Gesetze und Richtlinien.



MASSIV BEEINTRÄCHTIGTE LIEFERKETTEN
Die Produktion in Europa ist nicht nur durch horrend Energiepreise, sondern auch die eingeschränkte Verfügbarkeit bedeutender Vorprodukte und Rohstoffe beeinträchtigt. Gerade aus Russland und der Ukraine kommen viele Ressourcen, die für die industrielle Produktion nicht wegzudenken sind, wie Beispiele zeigen: So wird Nickel für die Stahlerzeugung und Automobilindustrie benötigt, Aluminium für Bauwesen und Maschinenbau, Palladium für die Automobil- und Elektronikindustrie, Kobalt für Batterien und Magnete, Neon-Gas für die Elektronikindustrie bzw. Lasertechnik, Eisenerz für die Stahlerzeugung und Holz für Sägewerke und Holzbau.

OFFENER BRIEF
Vor dem Hintergrund steigender Inflation und horrender Energiepreise hat sich die heimische Industrie in einem offenen Brief im März an Bundesministerin Leonore Gewessler gewendet. Darin wurde der Appell an die Energieministerin gerichtet, die energieintensive Industrie rasch und zielgerichtet zu entlasten, anstehende Belastungen vorläufig auszusetzen sowie eine leistbare und stabile Stromversorgung sicherzustellen.



„JETZT DROHT EINE KRISE IN TEILEN DER INDUSTRIE“
IV-Chefökonom Christian Helmenstein über die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Kriegs.



ZUR PERSON:
Christian Helmenstein ist Chefökonom der Industriellenvereinigung und Geschäftsführer des Wirtschaftsforschungsinstitutes Economica.

Wie stark wird das Wachstum durch den Krieg sinken?
Im März haben wir unsere bisherige Wachstumsprognose wegen des Kriegs in der Ukraine um einen Prozentpunkt auf 3,25 Prozent gesenkt: Einer der beiden hauptsächlich dämpfenden Faktoren sind die fehlenden Exporte nach Russland und in die Ukraine. Das macht ungefähr die Hälfte des Effektes aus. Die andere Hälfte des Effektes kommt durch die höhere Inflation zustande. Wenn es zu einem Stopp der Energieexporte aus Russland nach Westeuropa käme, würde das gesamtwirtschaftliche Wachstum gegen null sinken, wir gerieten in eine Stagflation.

Was ist der Unterschied zur Corona-Krise?
Im Gegensatz zu COVID-19 erleben wir jetzt eine Krise von Teilen der Industrie. In den vergangenen beiden Jahren waren es die Unternehmen aus dem produzierenden Bereich und den industrienahen Dienstleistern, die als Wachstumslokomotive

fungiert und damit auch den Arbeitsmarkt weitgehend stabilisiert haben.

Wie muss die Politik auf die Krise reagieren?
Seit der Insolvenz von Lehman Brothers im Jahre 2008 haben wir die große Zeit der Geldpolitik erlebt. Durch eine ultra-expansive Geldpolitik wurde der Versuch unternommen, einerseits Zeit für die Strukturpolitik zu kaufen und andererseits die Tragfähigkeit der hohen Staatsverschuldung zu ermöglichen. Das Jahr 2022 markiert eine Zeitenwende: Das Arsenal einer stimulierend wirkenden Geldpolitik ist nicht nur erschöpft, sondern schon seit geraumer Zeit überstrapaziert. Es bedarf einer längst fälligen Kurskorrektur in der Geldpolitik, um der Erosion des Geldwertes entgegenzuwirken. Zugleich beginnt jetzt eine neue Ära der Fiskalpolitik. Dabei ist der Fiskus aufgerufen, durch einen richtig angelegten Entlastungskurs seinerseits zur Preisstabilität beizutragen. Handlungsbedarf

„In den vergangenen beiden Jahren waren es die Unternehmen aus dem produzierenden Bereich und den industrienahen Dienstleistern, die als Wachstumslokomotive fungiert haben.“

gibt es hier insbesondere bei den Kosten für den Faktor Arbeit: Von Entlastungen bei den Arbeitszusatzkosten würden Beschäftigte wie Unternehmen profitieren.

Wie die Industrie mehr Frauen für Aufsichtsräte gewinnen will

Das IV-Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit hat ein „Sparring-Programm“ entwickelt, das Anfang April an den Start gegangen ist.

Vergangenen Herbst hat die IV das „Netzwerk Wettbewerbsfähigkeit“ gegründet. Unter der Leitung von IV-Vizepräsidentin und Infineon Austria-CEO Sabine Herlitschka sowie TTEch-CEO Georg Kopetz stehen hier verschiedene Facetten des Themas Wettbewerbsfähigkeit durch Diversität im Fokus. Ebenfalls auf der Agenda: Maßnahmen, um den Fachkräftemangel zu lindern, konkret durch qualifizierte Zuwanderung oder Zusammenarbeit in altersgemischten Teams. Weiteres Ziel ist es, mehr Frauen für Funktionen in Aufsichtsräten zu gewinnen. Dafür wurde in den vergangenen Monaten in Zusammenarbeit mit dem Verein abz*Austria ein eigenes Programm für die Industrie entwickelt.

Zielgruppe sind in der Industrie beschäftigte Frauen, die eine Position in einem Aufsichtsrat anstreben und bereits die formalen Voraussetzungen oder äquivalente Qualifikationen dafür mitbringen. Diese werden in einem umfassenden Prozess mit erfahrenen, aktiven Mitgliedern von



Aufsichtsräten zusammengebracht. Dabei stellen auch zahlreiche IV-Funktionäre ihre Expertise zur Verfügung und erhöhen damit die Qualität des Programms.

Beim „Sparring-Programm“ kommen Elemente aus dem Mentoring zum Einsatz und werden mit ausgesuchten Vernetzungs- und Reflexionsformaten kombiniert: Die Beziehung zwischen der erfahreneren Person und

der jüngeren Person steht im Mittelpunkt, wodurch der vertrauensvolle, wechselseitige Austausch zwischen beiden Personen gefördert wird. Das generationenübergreifende Miteinander stellt einen unschätzbaren Vorteil für die beteiligten Organisationen zum Thema demografischer Wandel und zum Verständnis der zu erwartenden Veränderungen dar. Beide Seiten bauen ein tragfähiges Netzwerk mit Führungskräften und zukünftigen

Aufsichtsräten auf. Im ersten Durchgang haben sich 18 „Tandem-Paare“ gefunden, die sich im Laufe des zwölf Monate dauernden Programms regelmäßig zu Einzelterminen treffen. Dazwischen sind hochkarätige Vernetzungsveranstaltungen vorgesehen, der offizielle Kick-Off fand Anfang April im Haus der Industrie statt.

Für die Wirtschaft ist der Umgang mit Pluralität zu einem der wichtigsten Zukunftsthemen und Diversität zum Business Case geworden. Gerade in Zeiten des Mangels an qualifiziertem Personal wird es entscheidend sein, wohin die besten Köpfe gehen und wie agil Unternehmen auf die sich rasch ändernden globalen Rahmenbedingungen reagieren. Das neue Sparring-Programm soll hier einen Beitrag leisten.

KONTAKT

Melanie Eckl-Kerber
melanie.eckl-kerber@iv.at

Startschuss für zweite Breitbandmilliarde gegeben

IV-AKTUELL

Bis 2030 soll Österreich flächendeckend mit Breitband versorgt sein. Dieses Ziel hat sich die Bundesregierung gesetzt, laut deren Angaben derzeit 43 Prozent der österreichischen Haushalte mit gigabitfähigen Anschlüssen ausgerüstet sind. Um weiter voranzukommen, wurde im März der Startschuss für die Auszahlung einer zweiten Breitbandmilliarde in Höhe von 1,4 Milliarden Euro gegeben.

Für die Industrie ist die finanzielle Schwerpunktsetzung für den Breitbandausbau ein Gebot der Stunde. Gerade im Sinne der fortschreitenden Digitalisierung sind leistungsstarke und zuverlässige Datenverbindungen Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg von morgen. Doch der Weg ist noch weit: Um das Ziel bis 2030 zu erreichen, beläuft sich der gesamte Investitionsbedarf laut Breitbandbüro des Bundes auf zehn bis zwölf Milliarden Euro. Entscheidend sind dafür die Investitionen durch die bestehenden privaten Infrastrukturbetreiber.

Ausgezahlt wird die zweite Breitbandmilliarde im Rahmen von Förderprogrammen. Erste Calls belaufen sich auf 660 Mio. Euro: Zwei davon sind „Access“ (150 Mio. Euro) und „OpenNet“ (450 Mio. Euro), die sich an Infrastruktur- und Telekommunikationsbetriebe sowie an Landesgesellschaften oder



Gemeinden richten. Mit ersterem soll die Verfügbarkeit von gigabitfähiger Kommunikationsinfrastruktur in jenen Gebieten Österreichs erhöht werden, die aufgrund eines Marktversagens nicht oder nur unzureichend durch einen privatwirtschaftlichen Ausbau erschlossen werden. „OpenNet“ soll es zudem Förderwerbern ermöglichen, größere Projekte zu planen und umzusetzen.

Und hier orten Experten einen Wermutstropfen: Während neu geschaffene Infrastrukturgesellschaften, die sich teilweise im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, zu beiden Programmen Zugang haben, sind private Telekombetreiber von „OpenNet“ de facto ausgeschlossen. Dabei stemmen gerade diese Unternehmen den Großteil der Investitionen in die digitale Infrastruktur des

Landes. Wünschenswert wäre zudem eine Weiterentwicklung der Förderinstrumente in Richtung einer stärkeren Nachfrageorientierung. Für die Industrie bleibt weiter entscheidend: Mit einem modernen Regime für die Bereiche Netzausbau und Infrastrukturnutzung könnte der digitale Investitionsstandort Österreich im Dialog mit der betroffenen Industrie weiter gestärkt werden.

50 Jahre Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung

Huer feiert die Dr. Franz Josef Mayer-Gunthof-Stiftung der Industriellenvereinigung ihr 50-jähriges Bestehen. Seit 1962 unterstützt die Industrie damit „Studien zur Kompetenzbeschaffung und zur Vertiefung der jeweiligen fachlichen Fremdsprachenkenntnisse an internationalen Spitzeninstituten in Bildung, Wissenschaft und Forschung“. Anlässlich des Jubiläums werden 2022 drei Exzellenzstipendien vergeben:

Dabei wird die erstplatzierte wissenschaftliche Arbeit mit 10.000 Euro ausgezeichnet, die beiden weiteren mit jeweils 7.500 Euro. Einsendeschluss für Bewerbungen ist der 31. August 2022.

WEBTIPP

Weitere Informationen finden Sie unter:
www.iv.at

Maßnahmen gegen explodierende Energiepreise gesucht

Im März geisterte es als Scherz durch soziale Medien, der Hintergrund war aber mehr als ernst: „Hat jemand die Energieministerin gesehen?“ Flugblätter mit dieser Aufschrift hängten Unbekannte in Wien auf Laternenmasten. Nachsatz: „Die Energiepreise explodieren und sie ist nicht auffindbar!“ Diese Initiative sollte mit Augenzwinkern verdeutlichen, wie gravierend die Belastung für Unternehmen, Haushalte und den Standort insgesamt geworden ist.



Am Weg zum 5-Sterne-Industrieland

IV-Kärnten-Präsident Timo Springer präsentierte der Jungen Industrie die Roadmap, wie Kärnten zu einem der wachstumsstärksten Bundesländer werden soll.

Kärnten soll zum 5-Sterne-Industrie- und Technologieland in Österreich und darüber hinaus werden. Ehrgeiziges Ziel der von der IV-Kärnten entwickelten Roadmap ist es, bis 2024 eines der drei wachstumsstärksten Bundesländer zu werden. Das Programm zeigt, wo die aktuellen Herausforderungen und Probleme in Kärnten liegen und, noch wichtiger, welche Maßnahmen gesetzt werden müssen, um Kärnten zu einem wesentlichen 5-Sterne-Industriestandort zu entwickeln. IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sprach im Rahmen einer JI-Veranstaltung im Klagenfurter Lustgarten die wesentlichen Punkte an, die man dafür umsetzen müsse. „Wir haben Nachholbedarf in den Bereichen Infrastruktur- und Bildungspolitik, Innovation

und Image der Industrie“, meint Springer. Der Industriestandort müsse gestärkt und breiter aufgestellt und das gute Image der Industrie sichtbar gemacht werden. Kärntens Forschung hänge aktuell an zu wenigen Leitbetrieben, „es gibt zu wenige forschende und entwickelnde Einheiten“, so Springer. Wichtig sei außerdem, dass sich Industrieunternehmen entlang der Wertschöpfungsketten um diese Leitbetriebe herum ansiedeln, miteinander kooperieren und sich vernetzen – und das nach Möglichkeit in wachsenden Schlüsselbranchen.

Green Deal: Es fehlt uns die Zeit

Ein spannender und aktueller Diskussionspunkt war der Themenkomplex Energie,

Klima und Green Deal. Ein Unternehmen CO₂-neutral zu bekommen, sei eine große Herausforderung: „Die Themen Energie und Klima beißen sich. Es fehlen die Technologien und die Ideen, die es in Zukunft ermöglichen könnten, bis 2040 CO₂-neutral zu werden“, ist Springer überzeugt. „Wie soll das ohne die dafür notwendigen Technologien gelingen?“ Das Verständnis, wo bei steigendem Bedarf die Kapazitäten an elektrischer Energie herkommen sollen, sei nicht vorhanden. Allein eine klimaneutrale Industrie benötige bis 2040 doppelt so viel Strom und grüne Energie wie heute. „Die Industrie ist nicht gegen den Wandel in Richtung Green Deal, aber wir brauchen Augenmaß, Vernunft und Zeit“, stellt Springer klar.

Springer schloss mit einem Appell: Am Weg zum 5-Sterne-Industrie- und Technologieland müsse Kärnten dringend seine Defizite aufarbeiten. „Wenn die Anforderungen so umgesetzt werden wie in der Roadmap beschrieben, schaffen wir es, bis 2024 zu einem der wachstumsstärksten Bundesländer zu werden“. Springer fordert daher die Mitglieder der Jungen Industrie auf: „Kommunizieren Sie die Themen, vernetzen Sie sich und lernen Sie voneinander. Versuchen Sie, gute Lösungen zu finden und zu entwickeln“.



Reformdiskussion jetzt? Ja, gerade jetzt!

Derzeit wird wieder einmal viel Geld verteilt. Irgendwann wird man die entsprechenden Schulden auch bezahlen müssen. Zeit, längst fällige Reformen endlich anzugehen.

Es herrscht Krieg, Corona feiert immer wieder fröhliche Urständ und die Klimakrise bleibt auch aktuell. Klar, dass da keiner viel über Einsparungen und ausgabenseitige Reformen reden will. In der Krise müsse man investieren. Mag sein, mag auch sein, dass es ohne weitere krisenbedingte Ausgaben nicht gehen wird.

Dennoch ist es gerade jetzt höchste Zeit, darüber zu sprechen, wer den entsprechenden Schuldenberg abtragen wird müssen. Schon vor Corona und dem Krieg in der Ukraine war Österreich höher verschuldet als uns lieb sein kann. Versuche, einen ausgeglichenen Haushalt oder gar Überschüsse zu erzielen, gab es in Österreich noch nicht so oft.

Warum man bereits jetzt, mitten in dieser schwierigen Situation, über die Ausgaben des Staates reden sollte, ist simpel: Strukturelle Maßnahmen, etwa bei den Pensionen oder in der Verwaltung, können viel Geld bringen, brauchen aber auch eine gewisse Zeit, ihre Wirkung zu entfalten. Den besten Zeitpunkt für solche Maßnahmen vor 15 bis 20 Jahren haben wir ohnehin verpasst. Je früher wir also ernsthafte Reformanstrengungen zu diskutieren beginnen, desto besser.

Eine Anmerkung zum Krieg in der Ukraine: Klar, dass dieser so schnell wie möglich vorübergehen muss. Aber es wird irgendwann auch ein „nach dem Krieg“ geben. Als Europa müssen wir dann, so schwer es fallen mag, neue Wege zu einem nachhaltigen Frieden finden. Mahatma Ghandi meinte: „Aug um Aug, Zahn um Zahn macht die ganze Welt blind.“ Ein Ausweg aus dem Zirkel von Aggression und Gegenaggression wird nur gelingen, wenn wir möglichst rasch wieder friedliche Beziehungen zu all unseren Nachbarn knüpfen können. Das wird nicht einfach, ist aber ein Muss.

Last but not least gilt bei alledem eine, wenn nicht die wichtigste Lehre, die uns diese Pandemie bisher gelehrt hat: Die einzig immer geltende Regel ist die der Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers – keineswegs nur bei Corona.

Herzlichst Euer

Matthias Unger, Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sieht Nachholbedarf in den Bereichen Infrastruktur- und Bildungspolitik, Innovation und Image der Industrie.

Investitionen in Elementarbildung gefordert

Die Junge Industrie fordert dringend mehr Mittel für die frühkindliche Bildung und Betreuung – die Qualität der entsprechenden Angebote ist in Österreich vom Wohnort abhängig.

Im März sind Kindergarten- und Hortpädagoginnen gleich zweimal auf die Straße gegangen, um bessere Bedingungen für ihre Berufsgruppe zu fordern. Dafür habe er ein „gewisses Verständnis“, wie der stellvertretende JI-Bundesvorsitzende Nikolaus Griller ausführt: „Eigentlich sollten solche Maßnahmen nicht notwendig sein. Es herrscht breiter Konsens darüber, dass mehr Investitionen in die Elementarbildung in Österreich erstens dringend notwendig sind und sich zweitens auf lange Sicht ohnehin selbst finanzieren. Der Staat würde, wie auch in der Vergangenheit, durch ein Mehr an Beschäftigung auch mehr Steuereinnahmen generieren.“ In Wien sei man, auch bei der Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger Bildungsangebote für unter-3-Jährige, vergleichsweise gut aufgestellt, aber „wir

wissen, dass es in manchen Bundesländern anders aussieht. In Österreich hängt das Angebot elementarpädagogischer Einrichtungen damit vom Wohnort ab. Das ist nicht zeitgemäß und eine Belastung für die angestrebte bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, so Griller.

So brauche es einmal den reinen Ausbau vorhandener Angebote: „Wir benötigen rund 10.000 Betreuungsplätze für unter-3-Jährige, um das Barcelona-Ziel von 33 Prozent zu erreichen. Zudem braucht es echte, ganztägige und ganzjährige Angebote sowie bundesweit einheitliche Qualitätskriterien.“ In der Ausbildung von qualifiziertem Personal brauche es des Weiteren einen Qualitäts- und Quantitätsschub, wie Griller ausführt: „Das wird uns einiges kosten, aber die

bestmögliche Bildung und Betreuung unserer Kleinsten muss uns das wert sein. Es wird hier auch darum gehen, den Pädagoginnen und Pädagogen endlich jene Wertschätzung entgegenzubringen, die sie verdient haben.“ Aus Sicht der JI brauche es daher dringend eine Investitionsoffensive im Bereich der Elementarpädagogik.

JI-FACTBOX

1 Prozent des BIP

So viel wird im EU-Schnitt in die frühkindliche Bildung investiert. In Österreich sind es lediglich 0,7 Prozent.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@ivat, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Klimabilanzen brauchen „Kümmerer“

Ohne exakte digitale Abbildung der Unternehmensprozesse und kompetente Teams als „Kümmerer“ sind Energieeffizienz und Klimaschutz schwierig umzusetzen.

Im Vorjahr haben die Industriellenvereinigungen von Steiermark und Kärnten sowie der Green Tech Cluster Styria eine gemeinsame Plattform der Klimapioniere initiiert. Mitte März tauschte man sich zum Thema „Klimabilanzen“ aus. Dabei trat auch immer deutlicher zu Tage, dass der europäische Green Deal nicht nur abstrakte Absichtserklärung ist, sondern konkret relevantes Regularium: CO₂-Bepreisung, CSR-Directive, Taxonomie, Sustainable Finance – Constantin Saleta vom Nachhaltigkeitsberater „denkstatt“ steckte gleich zu Beginn des Workshops das Feld ab.

Gleichzeitig machte er klar, dass die Grundlage von allen unternehmerischen Überlegungen eine solide Datenbasis sein müsse, der Carbon Footprint eben. Dafür gibt es bereits einschlägige ISO-Normen, die in drei Kategorien oder „Scopes“ eingeteilt werden. Scope 1 betrifft eigene oder selbst kontrollierte Emissionen, Scope 2 den Energiebedarf und Scope 3 von der Lieferkette über Logistik und Pendlerverkehr bis hin zum Abfall so ziemlich alles, was das Unternehmen indirekt beeinflusst. Die Emissionen in Scope 3 sind im Schnitt 11,4-mal höher als die direkten Emissionen, so Saleta. Bei betrieblichen Reduktionszielen spielen inzwischen die Science Based Targets Initiative einiger NGOs eine wichtige Rolle, die langfristig das Ziel der Netto-Null-Emissionen („Net Zero“) als Standard für Klimaneutralität vorgeben.

Tools für Klimabilanzen

Konkrete Tools zur digitalen Abbildung der

klimarelevanten Emissionen als Grundlage für Klimabilanzen stellten anschließend Petra Bußwald von der erfahrenen steirisch-wienerischen akaryon GmbH und Peter Sperk vom internationalen Software-Riesen SAP vor. Mit seinem ESG-Cockpit hat akaryon ein umfassendes Tool zur Konsolidierung sämtlicher umweltrelevanter Daten im Unternehmen entwickelt, das alle gängigen Standards berücksichtigt. Sogar an die CO₂-neutralen Server, auf denen das Programm läuft, wurde gedacht. Das System hat sehr viele Schnittstellen und erlaubt die Kooperation in alle Richtungen. Akaryon ist seit 2013 am Markt.

Der Sustainability Control Tower von SAP verfolgt einen noch umfassenderen Ansatz, auch wenn man – wie Peter Sperk einräumt – erst mit einer einstelligen Anzahl von Kunden im Feld ist. Das große Enterprise Resource Planning-Tool will in Zukunft vereinfacht formuliert nicht mehr nur Preis und Lieferbarkeit, Material und Wert, sondern auch Nachhaltigkeit ausweisen. Dazu wird in alle Prozesse eine „Green Line“ eingebaut, die auch CO₂ als Ressource behandelt. Welch gewaltigen Hebel man hier bewegen könnte, beschreibt Sperk anhand der Verbreitung von SAP: „70 Prozent der weltweiten Wirtschaftsleistung werden über SAP-Systeme serviert.“

Klimabilanz aus Unternehmensperspektive

Danach demonstrierten je ein steirisches und ein Kärntner Unternehmen, wie sie mit

Klimabilanzen bzw. Klimastrategie umgehen. Beide untermauern ihre strategische Entscheidung für nachhaltiges Wirtschaften mit schlagkräftigen Teams von „Kümmerern“. Milan Topic von der international tätigen Christoph Group mit 3.800 Mitarbeitern verhehlt nicht, dass die seit 2019 top down implementierte Nachhaltigkeitsstrategie bei der Umsetzung in mehr als 30 bottom up Projekte nicht an allen Standorten mit der gleichen Begeisterung aufgenommen wurde. Das Unternehmen bietet klassische Industrie-Services, Equipment für die Öl- und Gasindustrie, Müllverbrennung und Energieerzeugung sowie innovative (grüne) Technologien. Die Klimabilanz erfasst alle drei „Scopes“, Scope 3 aber erst teilweise. Man verfolgt das klare qualitative Ziel, dieses oder nächstes Jahr den Net-Zero-Standard zu erfüllen. Die im Laufe der Nachhaltigkeitsstrategie gewonnenen Erkenntnisse helfen laut Topic nicht nur dabei, interne Prozesse zu verbessern, die Energieeffizienz zu steigern oder Abfall zu vermeiden. Man könne mit dem Knowhow auch seine Kunden unterstützen.

FunderMax ist ein Hersteller von dekorativen Holzwerkstoffen und Laminaten, die innen und außen zur Anwendung kommen. Die vier Produktionsstandorte (drei in Österreich, einer in Norwegen) mit insgesamt etwa 1.400 Mitarbeitern sind sehr energieintensiv. Über die Notwendigkeit der sukzessiven Steigerung der Energieeffizienz kam man zum Thema Nachhaltigkeit. Vor zwei Jahren wurde der „FunderMax

Green Deal“ gestartet und entsprechende KPIs definiert.

Harald Macheiner und Andrea Raß-Venhauer ließen tief ins Zahlenwerk des Unternehmens blicken: 77 Prozent der Energie stammt schon aus erneuerbaren Quellen. Rohstoffe sind zu 100 Prozent Holz und Papier: Holz zu zwei Dritteln Recycling-Holz und zu einem Drittel Sägenebenprodukte, Papier zu 100 Prozent Altpapier. Die Nutzung dieser Rohstoffe ist kaskadisch. Gerade die Mehrfachverwendung des Holzes spart im Jahr 44.000 Bäume, die so im Wald bleiben. Neben dem eigenen Abfall wird zur Energieerzeugung auch Klärschlamm verbrannt, dessen Asche wiederum zur Düngung eingesetzt wird. Auch viele Haushalte rund um den Standort St. Veit an der Glan in Kärnten profitieren von der Abwärme der Verbrennung. Hier werden allein 43.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. FunderMax werde jedenfalls seinen Beitrag leisten, um den Green Deal der EU („Fit for 55“) zu erreichen, so Macheiner und Raß-Venhauer abschließend.

Nachhaltigkeitsgedanke zählt

Die die Online-Veranstaltung begleitenden „Menti-Umfragen“ zeigten übrigens, dass sich der Großteil der teilnehmenden Unternehmen schon intensiv mit dem Thema Klimabilanzen beschäftigt hat. Wichtigstes Motiv, den Klimaschutz in den Fokus zu nehmen, ist noch vor den zu erwartenden Kostensenkungen der Nachhaltigkeitsgedanke.

IV für wichtige Kärntner Infrastrukturprojekte

Ausbau der Drautalbundesstraße B 100 und des Logistik Center Austria Süd (LCA) kämpfen mit Widerständen.

Beim Projekt der Umfahrung von Greifenburg an der B 100 hat sich eine steirische Bürgerinitiative vor einzelne Anrainer „gespannt“ und Einspruch gegen die vom Land umsichtig geplante Trasse erhoben. Sowohl in sicherheits- als auch umwelttechnischer Hinsicht wurde hier der bestmögliche Kompromiss erarbeitet. Für IV-Kärnten-Präsident Timo Springer sind solche Einsprüche Auswüchse der Aarhus-Konvention und eine Umkehrung der

demokratischen Verhältnisse. Eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung wünsche sich die Umfahrung, um die gefährliche Engstelle im Ort endlich zu entlasten. Das obere Drautal stemme sich mit erfolgreichen Betriebsansiedlungen gegen die Abwanderung. Eine leistungsfähige Verkehrsanbindung sei für die Betriebe und deren Mitarbeiter daher unerlässlich, so Springer. Das gelte übrigens auch für die Umfahrung in Dellach/Drau.

Jahrhundertprojekt LCA-Süd

Ähnlich vehement setzt sich IV-Kärnten-Vizepräsident Oliver Zlamal für die ebenfalls mit Einsprüchen kämpfende Erweiterung des Logistik Center Austria (LCA) Süd in Villach ein: „Hier entsteht ein Jahrhundertprojekt, von dem der Verkehrsknoten zwischen der Tauern- und der Baltisch-Adriatischen Achse extrem profitieren wird.“ Erst durch das LCA-Süd werde das Land Kärnten voll in den Genuss des Aus-

baus der Bahnachsen im Transeuropäischen Netz kommen. Der Güterverkehr befinde sich im Zuge der Ökologisierung im größten Umbruch seit vielen Jahrzehnten. Das werde den Umschlag von Waren genau dort potenzieren, wo moderne Infrastruktur zur Verfügung stehe. „Die gesamte Region hat mit dem erweiterten und aufgewerteten LCA-Süd die Chance, wesentlicher Bestandteil dieser Entwicklung zu sein“, so Zlamal.

Voller Tatendrang

Otmar Petschnig einstimmig zum neuen Vorsitzenden des Wirtschaftspolitischen Beirats gewählt.

Nach fast sieben Jahren löste Mitte März Ex-Präsident und IV-Kärnten-Vorstandsmitglied Otmar Petschnig den IV-Chefökonom Christian Helmenstein an der Spitze des Wirtschaftspolitischen Beirats ab. Das Gremium berät die Landesregierung bei strategischen wirtschaftspolitischen Zielen und den daraus ableitbaren förderungspolitischen Schwerpunkten. Es unterstützt damit eine positive Wirtschaftsentwicklung. Dem scheidenden Vorsitzenden dankte Wirtschaftslandesrat Sebastian Schuschnig für seine Tätigkeit: „Christian Helmenstein hat viele wichtige wirtschaftspolitische Denkanstöße für die Politik geleistet und immer wieder den kritischen Blick von außen eingebracht. Ich bedanke mich für die wertschätzende und herausragende Zusammenarbeit“. Mit dem Kärnten-Standort seines Wirtschaftsforschungsinstituts Economica bleibt Helmenstein dem Bundesland verbunden.

Einstimmiges Votum

Petschnig bedankte sich für das einstimmige Votum des 16-köpfigen Beirats und freut sich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit der Landesregierung. „Es ist mir wichtig, meine unternehmerische Erfahrung einzubringen, um etwas für die positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Kärnten beizutragen. In der Kärntner Wirtschaft steckt mehr, als es oft nach außen den Anschein hat. Wenn wir auf diese Stärken

aufbauen, können wir auch noch mehr für den Standort herausholen. Ich gehe diese Aufgabe deshalb voller Tatendrang, aber auch mit großem Respekt an“, so Petschnig.

Die inhaltlichen Schwerpunkte werde man nun in im Beirat gemeinsam definieren. Verstärkt will Petschnig jedenfalls die Themen

Energie und Infrastruktur als Standortfaktor, ein am wirtschaftlichen Bedarf der Zukunft ausgerichtetes Ausbildungsangebot und die für die Wirtschaft schwierige Lage am Arbeitsmarkt sowie Maßnahmen gegen die Abwanderung thematisieren. Zusätzlich seien auch die Auswirkungen der Koralmbahn wirtschaftspolitisch zu berücksichtigen.



Der neue Vorsitzende des Wirtschaftspolitischen Beirats, Otmar Petschnig (Mitte) mit seiner Stellvertreterin Beate Gfrerer und seinem Stellvertreter Alexander Mann



Giftcocktail

Hinter grünen Scheinkonflikten verbergen sich die Feinde des Wirtschaftswachstums.

Erinnern Sie sich noch an meinen Appell im Vormonat? Kurz gefasst ging es darum, dass wir Erneuerbare Energien und die dafür notwendige Infrastruktur beschleunigt ausbauen müssen, um uns vom russischen Erdgas unabhängiger zu machen. Wie viele Windkraftwerke sind hierzulande schon an völlig inadäquaten gesetzlichen Regelungen zerschellt, wie viele Photovoltaikanlagen auf Freiflächen und wie viele Leitungsbauten!

Es soll ja Leute geben, die meinen, das Problem liege in einander widersprechenden grünen Zielen: dem Einen, das die Substituierung fossiler Brennstoffe durch Wasser-, Wind- und Sonnenkraft vorantreiben wolle und dem Anderen, das Landschafts- und Naturschutz zur obersten Prämisse mache. Ich fürchte, das ist ein Missverständnis. Vielen Grünbewegten ist es derzeit nämlich gar nicht so unrecht, dass der Ausbau Erneuerbarer Energie und Netzinfrastruktur von der aktuellen Gesetzeslage zumindest behindert wird. Sie sind nämlich grundsätzlich der Ansicht, dass es diesen Ausbau ohnehin nicht brauche. Erschwingliches Energieangebot generiere nur Wirtschaftswachstum, und die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums werde total überschätzt, so deren Meinung.

Verbunden mit geforderten Einschränkungen des globalen Handels und der Wirtschaftsverflechtungen, einseitig verordneten, besonders ambitionierten Klimavorschriften für Unternehmen, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich oder vielleicht noch Vermögenssteuern ergäbe dies einen regelrechten Giftcocktail gegen die heimische Wirtschaft, der Aber-tausende ihre Jobs kosten könnte.

Stattdessen braucht die Industrie jetzt ein echtes Standortpaket und auch dringend Kompensationen für die explodierenden Energiekosten und möglichst keine zusätzlichen Belastungen an der Klimafont. Denn das ist eine Überlebensfrage für viele unverschuldet in Not geratene Betriebe und Gebot der Stunde.

Ihr

 Timo Springer,
 Präsident der IV-Kärnten

Top-Ausbildung vor der Haustür

Noch in Ex-Jugoslawien gegründet, hat sich die Bled School of Management als internationale Top-Adresse für die Ausbildung von Executives etabliert.

Bei ihrem Besuch in Kärnten beeindruckte Danica Purg, die Präsidentin der IEDC – Bled School of Management – mit ihrem Angebot an exzellenten Vortragenden genauso wie ihrer internationalen Vernetzung. Großkonzerne wie Coca-Cola oder Henkel lassen hier ausbilden, alle auf Englisch natürlich. Im Arbeitskreis der Personalleiter der IV-Kärnten präsentierte Purg ihr aktuelles Angebot, stellte gleichzeitig aber auch klar, wie

flexibel die IEDC auf Anforderungen von Unternehmen eingehen könne.

Die Hochschule ist gesetzlich anerkannt und mehrfach international akkreditiert, jedoch kein Teil einer öffentlichen slowenischen Universität. Sie wurde seinerzeit in der Wirtschaftskammer gegründet, wie Purg verrät, die kurz nach der Gründung die Leitung übernommen hatte. Sie bezeichnet die Hochschule auch als

Business Meeting Place oder „Boutique School“, wo internationale Executives und Experten in mehreren sehr spezifischen, praxisnahen Programmen studieren.

Ethik und Nachhaltigkeit

Die Schule sei ein Ort der Inspiration und des Austausches, auch Kunst und Kultur nähmen in der IEDC eine wichtige Rolle ein, so Purg, die auf die Galerie zeitgenössischer slowenischer Kunst verweist. Besonders sei auch die internationale Ausrichtung auf die Studierenden und die Professoren. Zentrale Pfeiler der Hochschule sind Ethik, nachhaltige Entwicklung und Leadership. Die Studienangebote reichen vom Young Managers Program bis zum DBA – Doctor of Business Administration. Dazu werden maßgeschneiderte in-company Programme angeboten. Selbstbewusst gibt Purg an, dass die Erfolgsfaktoren der Schule herausragende Professoren, großartige Studierende, innovative Curricula und der außergewöhnliche Ort Bled seien.

Sie lädt HR-Experten und Vertreter der Kärntner Industrie zum Seminar „Technology for Managers: Leadership Challenges brought by Technologies“, das von 11. bis 12. April 2022 in Bled stattfindet, ein. Neben dem Seminarleiter Dominique Turcq wird Sabine Herlitschka eine Keynote halten und am 12.4. am ganztägigen Programm teilnehmen.



(V.l.n.r.) Claudia Mischensky (IV-Kärnten), Ilse Rapatz (Philips), Danica Purg (IEDC), Wolfgang Pucher (IV-Kärnten), Barbara Vilfan (IEDC)

Für die Infrastruktur der Zukunft

Wietersdorfer Gruppe lebt Verantwortung über Generationen.



Michael Junghans, Geschäftsführer der Wietersdorfer Gruppe, ist fest entschlossen, den Wandel zur klimaneutralen Industrie zu vollziehen.

Die Wietersdorfer Gruppe leistet mit ihren Geschäftsfeldern Zement und Beton, Kalk, Rohrsysteme und Industriemineralien seit fast 130 Jahren einen wesentlichen Beitrag zur Errichtung der Infrastruktur der Zukunft. Heute stellen Digitalisierung und der verantwortungsvolle Umgang mit natürlichen Ressourcen wesentliche Erkennungsmerkmale moderner Industrieunternehmen dar. Gleichzeitig hat vor dem Hintergrund des Klimawandels neben Qualitätsaspekten die Frage nach einer nachhaltigen Produktionsweise in den vergangenen Jahren enorm an Bedeutung gewonnen. Die Wietersdorfer Gruppe nimmt diese Entwicklungen nicht nur auf, sondern gestaltet sie als Vorreiter der Branche mit rund 2.900 Mitarbeitern an 49 Standorten rund um den gesamten Globus aktiv mit.

In der Kultur der Wietersdorfer Gruppe sind Umweltbewusstsein und das Gespür für gesellschaftliche Verantwortung von der Managementebene bis zu den einzelnen

Mitarbeitern und Lehrlingen tief verankert. „Als Familienunternehmen denken wir in Generationen und somit an die Welt, die wir unseren Kindern hinterlassen wollen. Aus diesem Grund verfolgen wir eine klare Nachhaltigkeitsstrategie, die als Richtschnur für eine zukunftsorientierte Standort- und Produktentwicklung dient“, erklärt Michael Junghans, Geschäftsführer der Wietersdorfer Gruppe. So geht es neben der Implementierung umweltschonender Produktionstechnologien auch um klimabewusstes Verhalten in der Belegschaft sowie um CO₂-optimierte Produkte durch innovative Logistik- und Recyclingkonzepte.

Investitionsschub bei Nachhaltigkeit

Jährlich investiert die Wietersdorfer Gruppe weltweit rund 75 Mio. Euro in die nachhaltige Entwicklung ihrer fünf Geschäftsfelder. Damit beabsichtigt die Unternehmensgruppe, ihrem Ziel der CO₂-neutralen Produktion einen weiteren Schritt näherzukommen. „Wir sind fest entschlossen, unseren Beitrag zu leisten, um einen Wandel zur klimaneutralen Industrie zu vollziehen“, erklärt Junghans und weist auf das zur Gruppe gehörige Zementwerk im Kärntner Wietersdorf hin. Durch Investitionen von 17 Millionen Euro in die Erforschung und Implementierung modernster Umwelttechnik konnte sich der Standort zu einem weltweiten Vorzeigebispiel entwickeln. Dafür wurde das Zementwerk Wietersdorf mit dem internationalen Umweltpreis der Zementindustrie ausgezeichnet.

Gleichzeitig stellt die Gruppe auch im Bereich der Energieversorgung die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit. Vor diesem Hintergrund wurde im Oktober 2021 ein weiteres Mammutprojekt zur Verkleinerung des ökologischen Fußabdrucks erfolgreich abgeschlossen. Zwölf Millionen Euro wurden investiert, um zwei Wasserkraftwerke vollständig neu zu errichten und ein weiteres zu optimieren.



Die Kärntner Landespolitik strich bei der Eröffnung der revitalisierten Wasserkraftwerke das starke Engagement der Wietersdorfer für eine nachhaltige Entwicklung hervor.

Mit 18.000 MWh Strom pro Jahr ist es nun möglich, ein Viertel des gesamten elektrischen Energiebedarfs für das Zementwerk Wietersdorf mit selbst produziertem Grünstrom zu decken. Derzeit plant die Gruppe in Europa und den USA zudem umfassende Investitionen in Photovoltaikanlagen.

Heimischer Wirtschaftsstandort als Sprungbrett

Der heimische Wirtschaftsstandort gilt bis heute als wichtigstes Sprungbrett für die Internationalisierung der Wietersdorfer Gruppe. So startete Anfang März der Bau der neuen Unternehmenszentrale von Alpacem, dem Geschäftsfeld Zement und Beton der Wietersdorfer Gruppe. Sechs Millionen Euro werden investiert, um mit modernen, ökologischen Bautechnologien ein neues operatives Herzstück zu errichten, von wo aus sämtliche Aktivitäten in Österreich, Slowenien und Italien koordiniert werden.

Davor setzten auch die Kalk-Unternehmen der Wietersdorfer Gruppe einen wesentlichen Schritt zur Vertiefung der internationalen Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Standorten. Seit 2021 treten diese unter der gemeinsamen Dachmarke InterCal auf. Vom steirischen Standort Peggau ausgehend soll in den kommenden Jahren die Marktposition über Slowenien und Kroatien bis hin zum Schwarzen Meer effektiv gestärkt werden.

Globale Präsenz gestärkt

Während die vergangenen zweieinhalb Jahre mit großen wirtschaftlichen Einschnitten für Industrieunternehmen verbunden waren, konnten die Wietersdorfer dennoch ihren Wachstumskurs fortsetzen. Inmitten der Pandemie schaffte es das Tochterunternehmen Calcit, das Industriemineralien für die Papier-, Farben- und Kunststoffindustrie herstellt, seinen mittlerweile dritten

Standort zu eröffnen. Mehr als 30 Millionen Euro wurden in den Aufbau der neuen Produktion mit rund 40 Mitarbeitern in Terneuzen, Niederlande, investiert.

Die in Kärnten verwurzelte Wietersdorfer Gruppe hat jedoch bereits vor Jahren ihre Fühler auch über die Grenzen Europas hinaus ausgestreckt. Heute engagiert sich die Gruppe außerhalb Europas vor allem in den USA und in Afrika, wo sie als wesentlicher Partner im Infrastrukturbau ein konstantes Wachstum verzeichnen kann. Das Wietersdorfer Tochterunternehmen Hobas hat erst im vergangenen Jahr 14 Millionen Dollar in eine neue Fertigungsanlage für nicht-kreisförmige Rohre investiert. Diese werden dringend für die Sanierung in die Jahre gekommener Abwasserkanäle in Großstädten benötigt. So werden etwa unter Toronto in Kanada oder Dallas in Texas Wietersdorfer Rohre verlegt. Weitere 16 Millionen Dollar investierte Hobas in den Einstieg in das Druckrohrsegment, das im Bau überregionaler Trinkwasserleitungen sehr gefragt ist.

Parallel dazu eröffneten die Wietersdorfer durch ihr Tochterunternehmen Amiblu zuletzt ihren ersten Produktionsstandort in Afrika. Am neuen Standort in Marokko sind aktuell 150 Mitarbeiter mit der Produktion von glasfaserverstärkten Rohren beschäftigt, die vorwiegend für die Errichtung einer zukunftsfähigen Wasserversorgung im nordafrikanischen Raum benötigt werden. Erst im Jahr 2020 konnte eine 63 Kilometer lange Trinkwasserleitung aus Wietersdorfer Rohren in der Elfenbeinküste fertiggestellt werden. „Die Versorgung mit Trink- und Frischwasser für die Landwirtschaft ist eine Kernaufgabe, die es in Afrika zu bewältigen gilt. Wir sind stolz, als Wietersdorfer Gruppe hier unseren Beitrag für eine positive Entwicklung der Region zu leisten“, erklärt Michael Junghans.



Von der neuen Alpacem Unternehmenszentrale aus werden die Aktivitäten des Zementherstellers im gesamten Alpe-Adria Raum koordiniert.



Mit einem Produktionsstandort in Marokko hat die Wietersdorfer Gruppe erstmals auch in Afrika Fuß gefasst.

WIETERSDORFER IN ZAHLEN 2021 (2020)

Umsatz gesamt:	799,4 Mio.	(720,7)
Umsatz Inland:	159,3 Mio.	(145,5)
Mitarbeiter	2.902	(2.821)
Gesamtinvestitionen	71 Mio	(72)

Umsatzaufteilung:
38% GFK Rohrsystem, 25% Zement & Beton, 19% Industriemineralien, 13% PP-Rohrsysteme, 5% Kalk